

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4449

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4449



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Point de Presse der SP Schweiz: Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik zur Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung

Redetexte der Nationalrätinnen Sarah Wyss, Priska Seiler Graf und Claudia Friedl

Es gilt das gesprochene Wort. Seules les paroles prononcées font foi.

Sarah Wyss, Nationalrätin SP (BS), Mitglied der finanzpolitischen Kommission des Nationalrats (FK-N)

Einleitung

Sehr geehrte Medienschaffende, liebe Anwesende

Der finanzielle Handlungsspielraum des Bundes wird enger, die Situation wäre aber eigentlich nicht besorgniserregend. Wenn da nicht der gefährliche Sparkurs und die Steuersenkungsbemühungen für wenige in den letzten Jahren des Bundesrates wären. Bundesrätin Karin Keller Sutter drückt ein Sparprogramm durch, obwohl es keine Notwendigkeit dafür gibt.

So zeigt die neuste Hochrechnung des Bundes, dass der Bundeshaushalt stabil ist. Es wird gar ein moderates Einnamewachstum erwartet. Und trotzdem: Der Bundesrat drückt ein Abbauprogramm durch, kürzt in der Entwicklungshilfe, während die Armee ein Wunschkonzert an finanziellen Mitteln erhalten soll.

Mesdames et Messieurs, je vous fais la bienvenue au point de presse du PS concernant la situation financière de la confédération. Mon nom est Sarah Wyss, je suis conseillère nationale de Bâle-Ville et vice-présidente de la commission des finances. Je vais vous guider à travers ce point de presse.

Le PS est convaincu qu'une autre politique financière est possible et surtout nécessaire – pour notre avenir. Geschätzte Anwesende, wir sind überzeugt: Eine andere Finanzpolitik ist möglich und auch zwingend notwendig. Mein Name ist Sarah Wyss und ich werde Sie durch diesen Point de Presse führen.

Ich freue mich, Ihnen Priska Seiler Graf, Nationalrätin aus dem Kanton Zürich vorstellen zu dürfen. Priska Seiler Graf ist Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission (SIK-N). Sie wird

zur absurden ad-hoc-Erhöhung des Armeebudgets und dem Wunschkonzert von Armeechef Thomas Süssli Stellung beziehen. Danach wird Nationalrätin Claudia Friedl als Mitglied der aussenpolitischen Kommission (APK-N) über die Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Zum Abschluss werde ich selbst finanzpolitische Alternativen aufzeigen. Denn eine andere Finanzpolitik ist möglich – und notwendig. Denn die heutige zielt an den Sorgen und Anliegen der Bevölkerung vorbei.

Priska Seiler Graf, Nationalrätin SP (ZH), Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats (SIK-N)

Themenblock: Armeeaussgaben

Sehr geehrte Medienschaffende, geschätzte Anwesende

In den Monaten nach dem Überfall der Ukraine durch Russland war die Verunsicherung gross. Auch Schweizer Sicherheitspolitiker:innen wussten nicht, was die Konsequenzen dieses Krieges sein würden. Damals fürchteten sich viele davor, dass sich der Ukraine-Krieg auf weitere Teile Europas ausdehnen und auch die Schweiz bedrohen würde. Die SP warnte damals schon vor einer Überreaktion in Form einer massiven Aufrüstung der Schweizer Armee. Heute wird klar: Der Ukraine-Krieg bleibt auf einen Teil des ukrainischen Territoriums beschränkt.

Somit hat sich die Bedrohungslage für die Schweiz nicht verschlechtert, im Gegenteil: Schon vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine gab die NATO 16-mal mehr für die Verteidigung aus als Russland. Der Ukraine-Krieg hat die NATO so stark geeint, wie sie es seit dem Kalten Krieg nicht mehr war. Wenn die russischen Truppen es nicht einmal schaffen, Kiew einzunehmen, wie sollen sie je das Territorium unserer Nachbarstaaten durchdringen und an der Schweizer Grenze auftauchen? Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit konventionellen Mitteln – also mit Bodentruppen, Artillerie und Panzern – in der Schweiz tendiert gegen Null.

Heute, anderthalb Jahre nach dem Überfall auf die Ukraine ist glasklar: Die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament hat überreagiert, als sie dem Bundesrat per Motion den Auftrag gab, die Armeeaussgaben bis 2030 auf 1% des BIP zu erhöhen. In der Ratsdebatte behauptete Verteidigungsministerin Viola Amherd, dies lasse sich problemlos finanzieren. Heute sehen wir, dass dem nicht so ist. Deshalb fordert die SP jetzt, wo sich der Schock nach Ausbruch des Krieges gelegt hat und wir wieder ruhig die Bedrohungslage und unsere Ausgaben analysieren können: Der Entscheid des Parlaments, das Armeebudget bis 2030 auf 1% des BIP aufzustocken, war eine Überreaktion und muss rückgängig gemacht werden!

Denn die im Finanzplan des Bundesrates vom 23. August 2023 veröffentlichten Zahlen sind schockierend: Sie zeigen auf, wie stark die Armee tatsächlich aufgerüstet werden soll:

Die Armeeaussgaben steigen bereits seit 2014 kräftig an. Sie sind nach Angaben der Eidgenössischen Finanzverwaltung seit 2014 bis heute (Voranschlag 2023) von 4.1 Milliarden auf 5.5 Milliarden Franken hinaufgeschnellt (plus 35 Prozent).

Jetzt kommt aber der Hammer: Nun sollen die Armeeaussgaben gemäss aktueller Planung des Bundesrates bis 2035 auf 10.5 Milliarden Franken (!) ansteigen – das entspricht mehr als dem Zweieinhalbfachen (256 Prozent!) des Betrages von 2014. Und dies, obschon selbst der

Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht vom September 2022 klar und richtigerweise festhält, dass kein militärischer Angriff auf die Schweiz droht und dieser auf lange Frist höchst unwahrscheinlich ist. Weder kann der Chef der Armee, noch die Verteidigungsministerin, noch die bürgerliche Mehrheit im Parlament erklären, weshalb sich die Schweiz auf einen Krieg mit konventionellen Mitteln vorbereiten soll. Weil die Schweiz weiterhin nicht von einem konventionellen Krieg bedroht ist, muss hier jetzt zurückgerudert werden: Eine massivste Erhöhung des Armeebudgets braucht es sicherheitspolitisch schlicht nicht und das Geld fehlt an anderen Orten.

Umso wichtiger wären aus friedens- und sicherheitspolitischer Sicht massive Beiträge an die Ukraine sowie an die höchst instabile MENA-Region (Middle East and North Africa), wo ein echter Mehrwert für unsere Unabhängigkeit, unsere Freiheit und unsere Zukunftsfähigkeit geschaffen werden kann und muss.

Momentan läuft die Vernehmlassung zum Kredit über die Internationale Zusammenarbeit 2025-28. Hier sieht man nun erstmals ganz konkret, was die obszöne Erhöhung der Armeeaussgaben für Konsequenzen hat. Hierzu übergebe ich meiner Kollegin aus der Aussenpolitischen Kommission, Claudia Friedl.

Claudia Friedl, Nationalrätin SP (SG), Mitglied der aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N)

Themenblock: Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau Ukraine

Die Situation im Globalen Süden ist fragil: Der Hunger ist weltweit wieder auf dem Vormarsch und die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 wird aufgrund multipler globaler Krisen immer unwahrscheinlicher. Ausgerechnet jetzt plant der Bundesrat, bei der internationalen Zusammenarbeit zu sparen. Für den Zeitraum 2025-28 schlägt der Bundesrat vor, gerade einmal 0.36 % des Bruttonationaleinkommens BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe (ohne Asylhilfe) aufzuwenden. Das ist so tief wie seit 2003 nicht mehr!

Doch sogar diese Zahl ist noch zu optimistisch, denn der Bundesrat plant, die Kosten für den unbestritten notwendigen Wiederaufbau der Ukraine im Budget für die internationale Zusammenarbeit unterzubringen. Somit bleibt für den Rest der Welt gerade mal noch 0.31 % des BNE. Gleichzeitig sollen die Armeeaussgaben – wir haben es von Priska Seiler Graf gehört – auf 1% des BIP (vergleichbar mit BNE) erhöht werden. Während die Armeeaussgaben die Antwort auf ein imaginäres Bedrohungsszenario sind, sind die Gelder für die internationale Zusammenarbeit essenziell für nachhaltige Entwicklung, Ernährungssicherheit, Frieden und Stärkung der Menschenrechte und somit im ureigensten Interesse der Schweiz. Denn unsere Sicherheit und unser Wohlergehen hängen von Frieden und nachhaltiger Entwicklung in unserer näheren und fernen Umgebung ab – namentlich in Osteuropa und der MENA-Region.

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit stellt die SP deshalb zwei zentrale Forderungen:

Erstens muss davon abgesehen werden, die Gelder für die internationale Zusammenarbeit auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren zu senken. Bis heute ist das vom Parlament in zwei verbindlichen Bundesbeschlüssen festgehaltene Ziel, 0.5 % des BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe, die sogenannte APD, einzusetzen, bis heute nie erreicht worden, sofern die im Inland ausgegebene Asylhilfe nicht zur öffentlichen Entwicklungshilfe hinzugezählt wird. Es ist also nur schon aus rechtlichen Gründen angezeigt, das Budget der Internationalen Zusammenarbeit auf 0.5% BNE zu erhöhen. Frieden und Sicherheit der Schweiz wären jedoch weit mehr gedient, wenn die Internationale Zusammenarbeit (inkl. Ukraine-Hilfe) auf 1 % des BIP gesteigert würde und für die Armee 0.36 % des BIP zur Verfügung stünden.

Zweitens muss im Fall, dass die bürgerliche Mehrheit im Parlament nicht willens ist, die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, der Wiederaufbau der Ukraine ausserhalb des IZA-Budgets finanziert werden. Laut dem kürzlich veröffentlichten Finanzplan des Bundesrates wird die Ukrainehilfe vollumfänglich zulasten der armen Länder finanziert. Der Wiederaufbau der Ukraine ist enorm wichtig. Ohne Zweifel. Aber es kann nicht sein, dass das Geld dann für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe im Rest der Welt fehlt. Denn bei der nachhaltigen Entwicklung darf jetzt nicht gespart werden! Die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 sind bei weitem noch nicht erreicht. Dies ist insbesondere der Fall bei den Zielen zur Ernährungssicherheit, dem Schutz der Lebensräume und der Ressourcen, Fortschritten bei der Bildung, im Gesundheitswesen, der Regierungsführung oder der Gleichstellung. Auf dem Ausgleichskonto liegen noch rund 23 Milliarden Franken. Es wäre problemlos möglich, die Gelder für den Wiederaufbau der Ukraine diesem Konto zu belasten.

Wie wir von Priska Seiler Graf gehört haben, war die Erhöhung der Armeeausgaben kurz nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs eine Überreaktion. Dieser Fehler ist jetzt zu korrigieren, wo wir schwarz auf weiss sehen, wie stark andere Bereiche – insbesondere die Internationale Zusammenarbeit – darunter leiden.

Sarah Wyss, Nationalrätin SP (BS), Mitglied der finanzpolitischen Kommission des Nationalrats (FK-N)

Themenblock: Finanzpolitische Alternativen

Die Ausgestaltung der heutigen Schuldenbremse bewirkt eines: Wir bauen die Schulden ab, und dies in Krisenzeiten. Fast jeder Ökonom oder jede Ökonomin würde sagen: In Krisenzeiten sollte man investieren: Spare in der Zeit, so hast du in der Not. Gespart hatten wir in guten Zeiten, über 20 Milliarden Franken, doch aufgrund des aktuellen Gesetzes dürfen diese Ersparnisse nun nicht ins Budget einfliessen. Dabei wäre das so wichtig.

Neben der instabilen Weltlage ist der starke Kaufkraftverlust der letzten Monate für einen grossen Teil der Bevölkerung eine Notlage. Steigende Mieten, Krankenkassenprämien und Stromkosten lasten schwer auf dem Portemonnaie der Menschen. Ihnen muss geholfen werden.

Als die Schuldenbremse 2003 in der Verfassung verankert wurde, wollte man die Schulden stabilisieren. Doch die gesetzliche Ausgestaltung dieses Verfassungsauftrages führt zu einem Schuldenabbau. Die Schuldenquote liegt in der Schweiz auf einem rekordtiefen Stand von

27,4 % – in der Euro-Zone liegt sie bei 95,1 %. Deshalb fordert die SP eine Anpassung der Ausgestaltung der Schuldenbremse. Die Schulden sollen stabilisiert, nicht abgebaut werden. Die Schuldenbremse so ausgestaltet werden, dass die Schulden im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum stabilisiert werden und die Schuldenquote nicht weiter sinkt.

So kann garantiert werden, dass notwendige Investitionen in die Zukunft getätigt werden. Und damit werden wir auch dem Verfassungsauftrag gerecht, die Schulden zu stabilisieren.

Ein Problem der bürgerlichen Finanzpolitik ist nämlich, dass vergangene Defizite zwar kompensiert werden müssen, aber vergangene Überschüsse nicht genutzt werden dürfen, um Zukunftsinvestitionen zu tätigen.

Alleine zwischen 2003 bis 2019 wurden Überschüsse von über 22 Milliarden Franken geschrieben.

Ausgewiesen wurden bis 2020 sogar rund 29 Milliarden Franken, aber aufgrund zu tiefer Rückstellungen für die Verrechnungssteuer mussten die Gutschriften auf dem Ausgleichskonto um 5.5 Milliarden Franken nach unten korrigiert werden, Stand heute sind es 21.9 Milliarden Franken.

Doch dieses Geld darf aufgrund des Finanzhaushaltsgesetzes aktuell nicht ins Budget einfließen. Das wollen wir ändern. Künftig sollen Überschüsse auf dem Ausgleichskonto für künftige Ausgaben genutzt werden dürfen.

Mein Vorschlag für die Einführung eines solchen «Zukunftsfonds» fordert, dass Überschüsse künftig für Ausgaben in die Zukunft genutzt werden dürfen: für die Stärkung der Kaufkraft – etwa Kita-Finanzierung, Prämienverbilligungen und soziale Absicherung – oder für den Klimaschutz. Konkret: Sobald die Überschüsse auf dem Ausgleichskonto mehr als 10 Prozent der gesamten Bundesausgaben ausmachen, soll der über dieser Schwelle liegende Betrag genutzt werden dürfen. Aktuell wären also die ersten 8.6 Milliarden Franken nicht nutzbar und müssten als Reserve dienen. Die restlichen 12.8 Milliarden Franken dürften jedoch in die Zukunft investiert werden.

Sie sehen, geschätzte Medienschaffende, der Bundeshaushalt ist grundsätzlich stabil. Die reflexartige ad-hoc-Erhöhung der Armeeausgaben ist unnötig, führt im Gegenteil zu unnötigen Querschnittskürzungen (wie etwa bei der Bildung) sowie Sparübungen auf dem Buckel der internationalen Zusammenarbeit. Die restriktive Ausgestaltung der Schuldenbremse verschlimmert die Lage zusätzlich. Das wäre nicht notwendig.

Hinzu kommt, dass versucht wurde, den Bundeshaushalt durch unnötige Steuersenkungen für ganz wenige ins Ungleichgewicht zu bringen. So hat die SP beispielsweise die Stempelsteuer und Verrechnungssteuer – gemeinsam rund 1.8 Milliarden Franken Mindereinnahmen – erfolgreich per Referendum verhindert.

Beginnen wir endlich mit einer nachhaltigen Finanzpolitik für die Menschen in diesem Land, wir haben Ihnen aufgezeigt, dass eine solche möglich ist.